

# Stadt Heidelberg

Drucksache:  
**0087/2021/IV**

Datum:  
12.03.2021

Federführung:  
Dezernat I, Referat des Oberbürgermeisters - Sitzungsdienste

Beteiligung:

Betreff:

**Berufung von nicht-gemeinderätlichen, beratenden  
Mitgliedern in den Ausschuss für Wirtschaft und  
Wissenschaft**

## Informationsvorlage

### Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.  
Letzte Aktualisierung: 14. Mai 2021

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Kenntnis genommen:	Handzeichen:
Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft	21.04.2021	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	
Gemeinderat	06.05.2021	Ö	( ) ja ( ) nein ( ) ohne	

**Zusammenfassung der Information:**

*Der Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft sowie der Gemeinderat nehmen folgende Information der Verwaltung zur Kenntnis:*

*Eine Berufung von nicht-gemeinderätlichen, beratenden Mitgliedern in den Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft (AWW) ist aktuell nicht vorgesehen. Sachkundige Einwohner und Sachverständige werden nach Bedarf themenspezifisch zu den Beratungen einzelner Angelegenheiten zugezogen und betroffene Personen und Personengruppen angehört.*

**Finanzielle Auswirkungen:**

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
<b>Ausgaben / Gesamtkosten:</b>	
• keine	
<b>Einnahmen:</b>	
• keine	
<b>Finanzierung:</b>	
• keine	
<b>Folgekosten:</b>	
• keine	

**Zusammenfassung der Begründung:**

Auf Grund der vielseitigen Angelegenheiten des Ausschusses für Wirtschaft und Wissenschaft, wird eine widerrufliche, dauerhafte Berufung von nicht-gemeinderätlichen beratenden Mitgliedern gemäß § 40 Absatz 1 Satz 2 Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO), als nicht zielführend erachtet.

# digitale Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Wissenschaft vom 21.04.2021

Ergebnis der öffentlichen digitalen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Wissenschaft vom 21.04.2021

## 3.1 Berufung von nicht-gemeinderätlichen, beratenden Mitgliedern in den Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft

Informationsvorlage 0087/2021/IV

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner bittet um Aussprache. Es melden sich die Stadträtinnen und Stadträte Karaaslan, Pfisterer, Michalski, Breer, Dr. Kaufmann, Stolz, Mirow und Cofie-Nunoo zu Wort. Von Verwaltungsseite ergänzt Herr Brand.

- Es sei die ursprüngliche Absicht für den Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft gewesen, Expertise aus beiden Bereichen im Gremium regelmäßig formal einzubinden. Die qualifizierte Expertenmeinung solle dem Gemeinderat als Hilfestellung dienen.
- Die Agentur für Arbeit und der Deutsche Gewerkschaftsbund sollten auch als Ergänzung zum Gremium in Frage kommen.
- Wissenschaft solle in geeigneter Weise repräsentiert werden und nicht nur auf die Universität reduziert werden. Es solle die Bandbreite der Wissenschaft in Heidelberg abgebildet werden.
- Die Größe des so entstehenden Gremiums müsse beachtet werden. Können zwei Vertreter für die Wissenschaft die Interessen aller wissenschaftlichen Einrichtungen vertreten?
- Aufgrund der unterschiedlichen Rechtsformen der wissenschaftlichen Einrichtungen entstünden unterschiedliche Sichtweisen auf wirtschaftliche Themen.
- Es gehe um die Einbindung derjenigen Expertise, die das Gremium dauerhaft und nicht nur themenbezogen beraten solle.
- Durch kommunalrechtliche Vorgaben, dürfe die Anzahl der beratenden externen Mitglieder nicht die Anzahl der gemeinderätlichen Ausschussmitglieder erreichen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner sei generell offen für die Vorschläge. Er gibt den Stadträtinnen und Stadträten zu bedenken, dass es auch einen nichtöffentlichen Teil der Ausschusssitzungen gebe, in welchem strategische Themen beraten würden. Herr Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner schlägt vor, als Vertreter der wissenschaftlichen Einrichtungen die Universität, das Deutsche Krebsforschungszentrum, das Europäische Molekularbiologische Laboratorium und die Max-Planck-Institute zu berücksichtigen. Dieser Vorschlag findet im Gremium Zustimmung.

Stadtrat Karaaslan bringt den auch als Tischvorlage vorliegenden gemeinsamen **Sachantrag** der Gemeinderatsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP (Anlage 01 zur Drucksache 0087/2021/IV) ein:

Wir beantragen die Berufung ständiger, externer beratender Mitglieder für den Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft. Die Mitglieder bestehen aus Vertreter\*innen von

- Handelsverband Nordbaden
- IHK
- Pro Heidelberg
- Heidelberg Marketing GmbH
- Handwerkskammer
- Dehoga
- Wissenschaftliche Einrichtungen.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner schlägt vor, Pro Heidelberg könne gegebenenfalls außen vor gelassen werden.

Stadtrat Michalski stellt den **Antrag**, den gemeinsamen Antrag der Grünen, CDU und FDP um folgende Einrichtungen zu ergänzen

- Agentur für Arbeit
- Deutscher Gewerkschaftsbund

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner lässt über den gemeinsamen **Antrag** der Grünen, CDU und FDP ergänzt um den **Ergänzungsantrag** der SPD und ergänzende Benennung der wissenschaftlichen Einrichtungen, sowie seines Vorschlages, Pro Heidelberg außen vor zu lassen, abstimmen:

Wir beantragen die Berufung ständiger, externer beratender Mitglieder für den Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft. Die Mitglieder bestehen aus Vertreter\*innen von

- Handelsverband Nordbaden
- IHK
- Heidelberg Marketing GmbH
- Handwerkskammer
- Dehoga
- Wissenschaftliche Einrichtungen (Universität, DKFZ, EMBL)
- Agentur für Arbeit
- Deutscher Gewerkschaftsbund

Die digital abstimmenden Teilnehmer können jeweils anhand des Kamerabildes identifiziert werden.

**Abstimmungsergebnis: beschlossen mit 12:00:02 Stimmen**

**Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Wissenschaft:**

*Der Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur Berufung von nicht-gemeinderätlichen, beratenden Mitgliedern in den Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft zur Kenntnis.*

*Der Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft empfiehlt dem Gemeinderat zusätzlich zu beschließen, dass die Berufung ständiger, externer beratender Mitglieder für den Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft aus Vertreterinnen und Vertretern folgender Institutionen erfolgen soll:*

- *Handelsverband Nordbaden*
- *Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar*
- *Heidelberg Marketing GmbH*
- *Handwerkskammer Rhein-Neckar-Odenwald*
- *Dehoga*
- *Wissenschaftliche Einrichtungen, namentlich Universität Heidelberg, Deutsches Krebsforschungszentrum, Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie*
- *Agentur für Arbeit*
- *Deutscher Gewerkschaftsbund*

**gezeichnet**

Prof. Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis:** Kenntnis genommen mit Beschlussempfehlung

## Sitzung des Gemeinderates vom 06.05.2021

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 06.05.2021

### 38.1 Berufung von nicht-gemeinderätlichen, beratenden Mitgliedern in den Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft Informationsvorlage 0087/2021/IV

Oberbürgermeister Prof. Dr. Würzner verweist auf die Beschlussempfehlung aus dem Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft. Da es keinen Aussprachebedarf gibt, stellt er diese zur Abstimmung.

#### **Beschluss des Gemeinderates:**

*Der Gemeinderat nimmt die Informationsvorlage der Verwaltung zur Berufung von nicht-gemeinderätlichen, beratenden Mitgliedern in den Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft zur Kenntnis.*

*Der Gemeinderat beschließt zusätzlich, dass die Berufung ständiger, externer beratender Mitglieder für den Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft aus Vertreterinnen und Vertretern folgender Institutionen erfolgen soll:*

- *Handelsverband Nordbaden*
- *Industrie- und Handelskammer Rhein-Neckar*
- *Heidelberg Marketing GmbH*
- *Handwerkskammer Rhein-Neckar-Odenwald*
- *Deutscher Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA)*
- *Für die wissenschaftlichen Einrichtungen: Universität Heidelberg, Deutsches Krebsforschungszentrum, Europäisches Laboratorium für Molekularbiologie*
- *Agentur für Arbeit*
- *Deutscher Gewerkschaftsbund*

**gezeichnet**

Prof. Dr. Eckart Würzner  
Oberbürgermeister

**Ergebnis:** Kenntnis genommen mit Beschluss  
*Enthaltung 1*

## **Begründung:**

Mit Antrag vom 30. Oktober 2020 wurde durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Berufung von ständigen, externen, beratenden Mitgliedern in den Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft (AWW) beantragt (0118/2020/AN).

Im Antrag wird vorgeschlagen, dass es sich dabei um Vertreter und Vertreterinnen der IHK, Dehoga, Pro Heidelberg, Handelsverband und Handwerkskammer sowie Start-Ups, Kreativwirtschaft und Ähnliche handeln solle.

Durch die Berufung solle ein Zugewinn an Realitätsbezug und Umsetzbarkeit von Beschlüssen erreicht werden.

Aus Sicht der Verwaltung, ist eine widerrufliche, dauerhafte Berufung von nicht-gemeinderätlichen, beratenden Mitgliedern in den Ausschuss für Wirtschaft und Wissenschaft nach § 40 Absatz 1 Gemeindeordnung Baden-Württemberg (GemO), auf Grund der vielseitigen Angelegenheiten des Ausschusses, nicht zielführend.

Aus dem Antrag ist ersichtlich, dass der Ausschuss durch die genannten Interessenvertretungen um mindestens sieben weitere Mitglieder wachsen würde. Dabei sind die Interessenvertretungen der Wissenschaft noch nicht berücksichtigt. Eine feste Mitgliedschaft würde bedeuten, dass die nicht-gemeinderätlichen Mitglieder vollständige Beratungsunterlagen, beispielsweise auch mit Vorlagen zu Liegenschaftsangelegenheiten, erhalten müssten und sich jederzeit zu Wort melden und ihre Meinung vortragen könnten. Das heißt, Vertreter und Vertreterinnen aus der Wirtschaft könnten beispielsweise beratend bei Themen der Wissenschaft mitwirken, obwohl diese nicht ihrem direkten Tätigkeitsfeld entsprechen. Die aufgeführten Argumente stehen im Widerspruch zur Sitzungsökonomie.

Zur besseren Beurteilung der Umsetzbarkeit von Beschlüssen, wird eine themenspezifische Zuziehung von sachkundigen Einwohnern sowie Sachverständigen zur Beratung einzelner Angelegenheiten und die Anhörung von betroffenen Personen und Personengruppen gemäß § 33 Absatz 3 und 4 GemO in Verbindung mit § 39 Absatz 5 GemO, als zielführender erachtet. Dies wird so auch in anderen Ausschüssen (zum Beispiel im Haupt- und Finanzausschuss) gehandhabt.



## Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

### 1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+/- berührt:	Ziel/e:
RK 2	+	Abstimmung in wirtschafts-, wohnungs-, verkehrspolitischer, infrastruktureller, ökologischer, sozialer und kultureller Hinsicht verbessern <b>Begründung:</b> Die Verbesserung der Abstimmung im Bereich Wirtschaft und Wissenschaft wird durch gezielte Zuziehung von sachkundigen Einwohnern sowie Sachverständigen zu einzelnen Angelegenheiten und Anhörung betroffener Personen und Personengruppen ermöglicht.

### 2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine.

gezeichnet  
Prof. Dr. Eckart Würzner

### Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	gemeinsamer Sachantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP vom 21.04.2021 <b>(Tischvorlage in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Wissenschaft vom 21.04.2021)</b>